



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/XVI/97 - 28. April 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeiler:

1 - 1a

Die Alternative

Zur Verkündung des Regierungsprogramms der SPD

2 - 2a

Symptomatisch für den Bergbau

61

Konzernfreie Zeche Klosterbusch wird stillgelegt

Von Hans Vandenberg

5

Öffenbarungen, Ullrichs

47

15 Jahre danach

4 - 5

Das Urteil

60

Zum Frenzel-Prozess

Von Wolfgang Jansen

\* \* \*

Zur Beachtung: Der heutigen Ausgabe unseres Pressedienstes liegt das von Kanzlerkandidaten der SPD, Willy Brandt, am 28. April 1961 in Bonn verkündete Regierungsprogramm bei. Die nächste Ausgabe unseres Pressedienstes erscheint am Dienstag, dem 2. Mai 1961

## Die Alternative

### Zur Verkündung des Regierungsprogramms der SPD

sp - Diese Woche hat dem deutschen Volk und seinen Freunden deutlich gemacht, dass es in der Politik der Bundesrepublik bei den kommenden Wahlen um m e h r geht, als um einen auf das Parteipolitische begrenzten Führungswechsel. Es geht um das Bekenntnis des Vertrauens unseres Volkes in seine eigene Zukunft. Willy B r a n d t prägte diesen Gedanken auf dem ausserordentlichen SPD-Kongress in Bonn mit den Worten:

"Die Ruinen des alten müssen wir hinter uns lassen. Die Vergangenheit müssen wir überwinden!"

Der CDU-Parteitag in Köln war die Demonstration des Gestern, der Anmaßung und Rechthaberei. Er war aber auch die Negation der Anerkennung gemeinsamer Aufgaben aller demokratischen Kräfte und die gerade für unsere Bundesrepublik staatspolitisch gefährliche Ankündigung des Abenteuerers, a l l e i n den Staat regieren und repräsentieren zu wollen. Dazu Herbert W e h n e r in Bonn:

"Das deutsche Volk würde zerbrechen, wenn auf dem Boden seines geteilten Vaterlandes einerseits russische und andererseits portugiesische Staatsvorstellungen praktiziert werden".

Und Erich O l l e n h a u e r ergänzte diese Gegenüberstellung mit der Forderung, die Bundesrepublik durch den Ausbau zu einem demokratischen und sozialen Rechtsstaat lebensfähig und krisenfest zu machen.

"Der demokratische und soziale Ausbau macht auch erst unseren Anspruch glaubwürdig, eine unangreifbare Alternative zu totalitären Staatshildern und Machtansprüchen zu haben und ein vertrauenswürdiger Partner der freien Welt zu sein".

\* \* \*

Das von Willy B r a n d t vorgetragene und erläuterte Programm der neuen Bundesregierung ist ein Werk aus einem Guss. Es entstand auf den Grundlagen der Beschlüsse von Bad Godesberg und Hannover, unreist jedoch die in der nächsten Legislaturperiode zu verwirklichenen Ziele der deutschen Politik. Die SPD hat sich die Vorlage dieses Programms nicht leicht gemacht. Fachleute der Innen- und Aussenpolitik - auch zahlreiche Experten, die n i c h t der SPD angehören - wurden zu Rate gezogen. Aus den Anklagen, die Willy Brandt auf die Versäumnisliste der bisherigen Bundesregierung schleuderte, ist erkennbar, was in dieser Bundesrepublik besser gemacht werden soll und muss. Auf diese Anklagen aber baut sich auch die zusammenfassende Regierungsprogrammatische der SPD auf, die als Alternative und vorwärtstreibendes Element gegenüber den gesellschaftlichen und politischen Kräften von Gestern verstanden sein soll.

Hierbei ist bemerkenswert, dass fast zwei Drittel des Regierungsprogramms der SPD die Wege zu einer fortschrittlicher und sozial gerechten inneren Ordnung der Bundesrepublik aufzeigen. Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, Bildungswesen und Kulturpolitik im weitesten Sinne des Wortes greifen wie die Zahnräder eines Uhrwerks ineinander. Entscheidendes Merkmal jedoch ist die über allen Einzelfragen stehende kategorische Forderung nach der Erfüllung des Rechtsstaates mit wirklichem Leben, so wie es das Grundgesetz von uns verlangt.

Der Bürger der Bundesrepublik muß wissen, daß in diesem seinem Hause gleiches Recht für alle gilt, daß die Privilegien der Vergangenheit angehören und das Ergebnis der großen Leistung unseres Volkes nach dem Kriege nicht einigen Wenigen, sondern allen zukommt, die an ihr beteiligt sind.

Bei den einzelnen im Regierungsprogramm aufgestellten Forderungen gibt es kein leeres Versprechen. Jede Forderung ist auch in ihrem materiellen Inhalt auf Heller und Pfennig durchgerechnet. Die Deutsche Sozialdemokratie sagt dem Volk nichts, was sie nicht mit gutem Gewissen verantworten kann. Dafür steht sie mit ihrer fast hundertjährigen sauberen Vergangenheit, dafür bürgt sie mit ihrer Solidität, die sich in den schwersten Stürmen der Geschichte unseres Volkes bewährt hat.

\* \* \*

Der außenpolitische Teil des Regierungsprogramms ruht ebenfalls auf den Fundamenten der Beschlüsse von Bad Godesberg und Hannover. Die Zugehörigkeit zur freien Welt des Westens und die Kampfansage gegen jeden Totalitarismus sind die Richtungsweiser für die praktische Außenpolitik einer sozialdemokratischen Regierung. Das Bekenntnis zur freien Welt und die Kampfansage gegen die Diktatur ist verbunden mit der Verpflichtung, die Freiheit zu verteidigen.

Aber auch dieses Bekenntnis bedeutet nicht Stagnation. Ausdrücklich wird erklärt, daß die neue Bundesregierung eigene Vorschläge zu einer gleichwertigen und kontrollierten Abrüstung machen wird.

"Die neue Bundesregierung wird sich innerhalb des Bündnisses gegen die Gewährung der Verfügungsgewalt über atomare Waffen an weitere Staaten aussprechen. Sie wird das Doppelspiel in der Frage der Atombewehrung beenden und jeden Verdacht beseitigen, daß die Bundesrepublik auf diese Weise an Gewicht gewinnen will."

Zu den neuen Elementen einer besseren Außenpolitik gehört das Bemühen, mit allen osteuropäischen Völkern, vor allem mit dem polnischen Nachbarvolk, friedlich zusammenzuarbeiten. Es heißt dazu im Regierungsprogramm der SPD:

"Die künftige deutsche Außenpolitik wird ein Spiegelbild der neuen deutschen Innenpolitik sein: aufgeschlossen, verantwortungsbereit, loyal, verpflichtet dem Ausgleich der Interessen, der Entspannung und dem Frieden."

\* \* \*

Waldemar von Knoeringen sagte nach der Verkündung des Regierungsprogramms: Willy Brandt ist ein Beispiel für die menschliche Substanz der Deutschen Sozialdemokratie, aus der immer wieder Menschen hervorgehen, die an der Größe ihrer Aufgaben gewachsen sind. Er konnte dies sagen, weil Willy Brandt in Berlin bewiesen hat, daß er dort, wo die Freiheit in den vergangenen Jahren oft am schwersten bedroht war, würdig und kraftvoll das Werk seiner Vorgänger fortgesetzt hat. Hinter Willy Brandt steht die "Mannschaft", steht die große und stolze Deutsche Sozialdemokratie, die seit Jahrzehnten gegen Rückschritt und Diktatur für die deutsche Demokratie ihr Bestes eingesetzt hat.

Diese Sozialdemokratie hat das moderne Godesberger Programm des demokratischen Sozialismus entwickelt, und sie schuf den "Appell von Hannover". Das jetzt verkündete Programm einer neuen Bundesregierung ist Ausdruck der Summe großer Erleuchtung und ständiger Bereitschaft, unserem Volk den Weg in die Zukunft zu weisen.

+ + +

### Symptomatisch für den Bergbau

Von Hans Vandenberg

Etwas überraschend wird jetzt die Absicht bekannt, die an der südlichen Ruhr liegende ERKohlenscheibe der Gewerkschaft Vereinigte Klosterbusch (Herbede bei Witten) stillzulegen. Zwar ist noch kein endgültiger Stilllegungstermin bekannt, jedoch kann angenommen werden, dass die Schachanlage spätestens bis zum Jahresende ihre Förderung eingestellt haben wird. Ein früherer Zeitpunkt ist jedoch wahrscheinlicher.

Bei der Zeche Klosterbusch handelt es sich noch um eine der wenigen Schachanlagen an der Ruhr, die keinem Montankonzern angehört, und sich in Familienbesitz befindet. Sie hat zur Zeit noch rund 950 Beschäftigte, wobei es sich zum grössten Teil um gute Spezialkräfte handelt, da sich der Kohlenabbau auf Klosterbusch in der schwierigen steilen Lagerung und in einer durchschnittlichen Flözmächtigkeit von nur 1,20 Meter vollzieht. Es scheint mit Sicherheit zu erwarten zu sein, daß - soweit bei den von der Stilllegung betroffenen Bergleuten Interesse besteht - eine Unterbringung dieser freigesetzten Arbeitskräfte auf benachbarten Schachanlagen möglich sein wird. Jedenfalls zeigen schon jetzt einige grössere Unternehmen, darunter sogar eines vom linken Niederrhein, lebhaftes Interesse für die Übernahme von Bergarbeitern der Zeche Klosterbusch. Auch das Arbeitsamt in Witten erklärte, dass es keine Schwierigkeiten gibt, Arbeitskräfte unterzubringen.

Schwierigkeiten dürfte es allerdings mit der Weiterbeschäftigung der älteren Bergarbeiter geben. Sofern sie nicht die Voraussetzungen für eine Invalidisierung mitbringen, wird noch zu überlegen sein, in welcher Weise man hier soziale Härten ausschalten kann. Die Gewerkschaft Klosterbusch hat deshalb auch bereits beim Bundesarbeitsministerium in Bonn entsprechende Anträge auf Gewährung von Anpassungshilfen gemäss den neuen Bestimmungen des Montanvertrages (Artikel 56, Abs. 2) gestellt. Hier ist natürlich zu bedauern, dass die Bundesregierung es bisher versäumt hat, die notwendigen Richtlinien und Vorschriften für die praktische Anwendung dieses Artikels 56,2 zu erlassen.

Diese Richtlinien sind notwendig, da mit dem Auslaufen des bisher als Grundlage für die Gewährung von Anpassungsbeihilfen dienenden sogenannten Übergangsabkommens (§23) auch die dafür geltenden Richtlinien nicht mehr wirksam sind. Bis auf Vorbesprechungen mit den Tarifparteien ist jedoch in Bonn noch nichts Endgültiges geschehen. Die Stilllegung der Zeche Klosterbusch zeigt aber, dass hier Hilfe geboten ist, um zu klaren Rechtsverhältnissen in der Gewährung von Anpassungsbeihilfen für die von Stilllegungen betroffenen Bergarbeiter zu gelangen.

Die Förderung der Zeche Klosterbusch, zur Zeit rd. 1000 Tonnen täglich, ging vornehmlich in den Hausbrand und an die Bundesbahn. Besonders aber im Hausbrand hat sich die Absatzlage sehr verschlechtert. Während vor Beginn der Krise noch 70 Prozent der Förderung brikkettiert wurde und auch verkauft werden konnte, hat sich das Bild jetzt wesentlich verändert. Steinschalenbriketts sind kaum noch gefragt und es gelang der Zeche nicht mehr, mit dem Erlös aus dem Kohlenpreis die Gestehungskosten zu decken. Hierbei spielten auch geologische Schwierigkeiten eine entscheidende Rolle. Bei einer durchschnittlichen Flözmächtigkeit von 1,20 Meter war es nämlich nicht möglich, zu mechanisieren; angesichts der starken Lohnintensität im Bergbau natürlich ein Faktor, der die Kostenlage der Zeche Klosterbusch gegenüber den zum Teil vollmechanisierten Schachtanlagen verschlechterte musste. Die Eigentümer hatten früher oder später die Konsequenzen aus dieser Situation zu ziehen.

So werden mit der nun beschlossenen Stilllegung Kohlenvorräte aufgegeben, die bei der damaligen Förderung etwa 100 Jahre noch gereicht hätten. Die Stilllegung der Zeche Klosterbusch dürfte symptomatisch für den Bergbau an der südlichen Ruhr sein, denn auf lange Sicht wird es auf Grund der geologischen Verhältnisse in diesem Raum kaum möglich sein, unter kostennässig günstigen Bedingungen Kohle abzubauen.

### Offenbarungen Ulbrichts

sp - Im Gegensatz zu den Thesen, die das Zentralkomitee der SED Monate vor dem 15. Jahrestag der Parteigründung veröffentlichten ließ, war der Grundtenor der offiziellen Feierlichkeiten durchaus defensiv. Man kann es der kommunistischen "Berliner Zeitung" nachempfinden, wenn sie - in klarer Erkenntnis dieser Tatsache - die Ursachen dafür den Sozialdemokraten in die Schuhe schiebt. Mit dieser Attacke versuchte Pankow, die Hunderttausende von Flugblättern und illegalen Zeitungen zu beantworten, die vom Parteivorstand der SED in die Zone geworfen wurden, um die kommunistische Legendenbildung über die angebliche "Vereinigung" am 21. April 1946 zu zerschlagen und durch historisches Tatsachematerial zu widerlegen.

Diese Enthüllungen waren denn auch so nachhaltig, daß ULBRICHT sich wohl oder übel zu den Betrugsmanövern bekennen mußte, das die Kommunisten vor 15 Jahren eingefädelt haben. "Wir sind gut vorbereitet gewesen," so sagte er deshalb, "und wir bestreiten dies keineswegs". Und weiter gab er zu, daß es sich um ein rein kommunistisches Manöver gehandelt habe, das eine "schöpferische Anwendung der Lehren Lenins" gewesen sei. Damit gab er offen zu, daß das aus Tarnungsgründen zunächst vorgelegte Programm eines "deutschen Weges" nichts anderes als ein Bluff gewesen sei.

Diese defensive Darstellung aber wird durch ein weiteres Eingeständnis noch wesentlich bedeutsamer: die "Schonachergruppe" habe verhindert, so sagte ULBRICHT, daß diese "Vereinigung" auch in der Bundesrepublik - also den damaligen Westzonen - und Westberlin stattgefunden und so zum Sieg der "Volksdemokratie" geführt habe. Diese kommunistischen Eingeständnisse sind angesichts von Verstößen gewisser CDU-Kreise, der SED ein "Vorsager" in der damaligen Zeit anzulasten, recht bedeutsam. In der Agitation jener CDU-Leute spukt nämlich noch jene kommunistische Legende von den angeblichen "Gemeinsamkeiten" herum, die Pankow angesichts der offensiven Verbreitung historischen Tatsachematerials durch die Sozialdemokratie sang- und klanglos zurückziehen mußte, während jene CDU-Propagandisten diese Werdung zu spät mitbekamen und nach wie vor die alten kommunistischen Mägen gegen die SED bedenkenlos übernehmen.

Daß diese Taktik gewisser CDU-Organen von den Pankowern als Lichtblick empfunden wird, betonte ULBRICHT sehr offen, als er in der Gedenkrede zum 15. SED-Jahrestag an jene appellierte, die die "Unabwendbarkeit des Übergangs von Kapitalismus zur Volksdemokratie" einsehen. In diesem Zusammenhang hob er "manche Kapitalisten" hervor, die das durch ihre Rückversicherung bereits täten, während er von den Sozialdemokraten rundweg erklärte, es sei für die SED "nichts Gutes von ihnen zu erwarten".

Vielleicht mag diese Ulbricht-Rede jenen Regierungskreisen zu denken geben, die bisher glaubten, durch die Übernahme kommunistischer Argumente der Sozialdemokratie schaden zu können. Auch in solchen tartarischen Fragen gilt das Wort: "Wer von Pankow etwas annimmt, der stirbt daran".

### Das Urteil

Zum Frenzel-Prozeß

Von Wolfgang Jansen

Mit einer Zuchthausstrafe von fünfzehn Jahren hat Alfred Frenzel die Strafe erhalten, die er verdient. Der Bundesgerichtshof hat ein gerechtes Urteil gefällt, so wie er ein gerechtes und fairen Verfahren durchführte, das dem Angeklagten jede Möglichkeit der Verteidigung, der Entschuldigung oder auch nur der Begründung ließ - in dem engen Rahmen freilich, den Frenzel selbst durch seine Taten gezogen hat. Ob Frenzel sich dabei gelegentlich klar gemacht hat, wie seine Auftraggeber, die tschechischen Behörden, verfahren, wenn sie ihrerseits einen Spion abzuurteilen haben? Wohl kaum mit gleicher Fairness. Ein gerechtes Gericht gehört zu jenen unverzichtbaren Bestandteilen einer freiheitlichen Demokratie, gegen die sich Frenzel versündigte.

Frenzel hat seine Wähler hinters Licht geführt, seine Partei verraten, dem Ansehen des Bundestages Schaden zugefügt, die Sicherheit seiner Mitmenschen gefährdet und die Achtung vor der Bundesrepublik in der Welt gemindert. Dies alles hat ihm der Bundesgerichtshof vorgehalten. Der Schatten seiner Taten verdunkelt das Bild, das er einmal abgegeben hat, das Bild eines Mannes, dem - wie Bundesanwalt Kuhn ausdrücklich bestätigte - kein Weg zu weit, kein Wochenende zu schön, keine Kleinarbeit zu mühselig war. Das Gericht hat als wahr unterstellt, daß er sich den Fragen der Wiedergutmachung mit großem Eifer hingeegeben hat, daß er sich vor allem um die Wiedergutmachungsabkommen mit ausländischen Staaten in der Welt bemüht und dadurch zur Aussöhnung des Teiles von Deutschland, in dem heute das Grundgesetz gilt, mit der übrigen Welt beigetragen hat.

Dieses Bild kann man heute nicht mehr beschwören, nicht mehr auffrischen. Man kann sich nur daran erinnern, wenn man die Frage prüft, wie sich ein Frenzel überhaupt als Abgeordneter halten konnte. Seine Emsigkeit und sein Bienenfleiß waren damals für jeden offensichtlich - seine schweren charakterlichen Mängel, sein Opportunismus und seine Feigheit blieben hinter diesem Bild verborgen.

Sie aber waren die Triebkräfte seines Verrats. Die Furcht, wegen kleiner, jahrzehntlang zurückliegender Jugendverfehlungen und gar wegen vorübergehender noch nicht einmal ganz freiwilliger Mitgliedschaft in der KP in die gnadenlose Mühle propagandistischer Polemik gezerzt zu werden, waren größer als die Redlichkeit und Rechtlichkeit, die man von einem Demokraten verlangen muß. Sie trieb ihn zu Meineid und Verrat.

Ergressung bestimmte den ersten Entschluß - Geld, so scheint es, den Umfang seines Treibens. Der Bäckerlehrling von einst mit drei Groschen Wochenlohn konnte nun sein Bankkonto nicht hoch genug schrauben. Auch das erklärt nur - es entlastet, es entschuldigt nicht. Andere haben gleiches, ja schlimmeres erlebt - und sind doch aufrecht und stark geblieben.

Der Ursprung seines Verrates liegt nicht in seiner Herkunft, nicht in seinem Werdegang, nicht in seiner früheren Umgebung, er liegt in seiner Person begründet. Dies allen denen zur Kenntnis, die, wie es sein Verteidiger versuchte, zu seiner Entlastung, alle jene diskriminieren möchten, die nicht den privilegierten Schichten vergangener Zeiten angehören. Wohlwollend hebt sich von solcher Argumentation die strenge Sachlichkeit und Objektivität ab, die den Dritten Straßensatz des Bundesgerichtshofes und die Bundesanwaltschaft auszeichnete.

So ist der "Fall Frenzel" kein "Fall Bundestag" - und schon gar nicht ein "Fall SPD", ebensowenig wie der Verrat des CDU-Abgeordneten Schmidt-Wittmack ein "Fall CDU" war. Er ist der Fall eines Verräters, der alle, die ihn kannten, getäuscht und enttäuscht hat, dessen Name nun für geraume Zeit gelöscht wird, ohne daß er Schatten werfen kann auf die Hundertert, die im Deutschen Bundestag, auf die Hunderttausende, die als gute und ehrliche Demokraten in ganzen Lande sich für die Gemeinschaft einsetzen.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel